

Stefan Bollinger

Dreißig Jahre nach der „Wende“ – Versuch einer kritischen Bilanz

Es könnte so einfach sein: „Ignoriert den Osten!“ Der neoliberale Wirtschaftsjournalist Mark Schieritz der Hamburger „Zeit“ könnte ja Recht haben. Warum „soll sich die Republik eigentlich vom Osten – genauer gesagt: von den Regionen im Osten, in denen die AfD stark ist – die Themen aufzwingen lassen?“¹ Bevölkerungsschwach, wirtschaftlich letztlich für Deutschland irrelevant haben die Ostdeutschen Probleme mit der Demokratie, lieben das Autoritäre, hassen Ausländer und wählen dann noch die AfD. Überhaupt, so könnte ihm zugestimmt werden, sollte dieses östliche Anhängsel der „geglückten Demokratie“² und des Wirtschaftswunderlandes für die ganze Zeit ab 1945 abgehakt werden. Dann bräuchte sich niemand über „falsche“ Wahlergebnisse aufzuregen und die ganze vermaledeite Geschichte mit diesem einstigen kommunistischen Widerpart, der schließlich auch noch verloren hat, wäre erledigt. So ist es aber nicht. Die Bilanz der „Einheit“ ist in ihrem 30. Jahr wieder ein Streitfall!

Der Osten wählt falsch

Die rechten Wahlergebnisse im Osten, die im Herbst voraussichtlich noch getoppt werden, haben den Mainstream aufgeschreckt. Zorn und Frust in Ostdeutschland lassen sich nicht mehr übertünchen. Der Aufstieg der AfD bringt Christ- wie Sozialdemokraten in Bedrängnis, die Linken merken, dass ihnen Protest und Unzufriedenheit nicht mehr, wie in den 1990/2000er Jahren, eine relativ stabile Wählerbasis verschaffen.

Die bisherige Legende von der erfolgreichen Transformation des Ostens hin zu Demokratie und Wohlstand wird brüchig. Unrecht, das die Bürgerinnen und Bürger im Osten seit 1989 erlitten haben, lässt sich nicht mehr rundweg leugnen. Sozialismus als Begriff ist nicht mehr völlig tabu.

Schlimm ist, so ein CDU-Papier Anfang 2019, dass „rund 40 Prozent der Bürger mit der Linken und der AfD linke und rechte Flügel- und Protestparteien“ wählen. Die aber würden ihre „politische Erfolge ... zu einem erheblichen Teil

¹ Mark Schieritz: Ignoriert den Osten! Die AfD steht vor Wahlerfolgen in den neuen Bundesländern. In: ZEIT online. Hamburg, vom 13. Juni 2019 – <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/landtagswahlen-ostdeutschland-afd-diskursverschiebung-politische-agenda-minderheit> - [22.06.2019 21:31].

² Siehe Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Bonn 2007. Der Osten, Sowjetische Besatzungszone und DDR werden nur als die Folie gebraucht, vor der die westdeutsche Entwicklung umso erfolgreicher, glücklicher strahlt. Auch wenn Wolfrum dies ausgewogener betreibt als Wehler, scheint sich diese „Meistererzählung“ der Westeliten für Gesamtdeutschland wenig zu ändern. Prägend Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band Bundesrepublik und DDR 1949-1990. Bonn 2009.

aus Skepsis gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Sozialen Marktwirtschaft und dem Misstrauen gegenüber dem Sicherheitsversprechen des Staates speisen“. Die Totalitarismustheorie kehrt in neuer Form zurück, zumal eine solche Positionierung sich aus der „erlebte(n) oder empfundene(n) Benachteiligung, Veränderungsmüdigkeit nach einer langen Phase rasanten Wandels“ ergebe und „genauso ... wie das Leben unter den Bedingungen der SED-Diktatur“ nachwirke. „Eine besondere Sensibilität gegenüber Bevormundung oder kultureller Veränderung sind greifbare Ergebnisse.“³

Das ist nicht ganz falsch. Deshalb muss linke, marxistisch motivierte Theorie und Politik Fragen stellen. Stimmt die hier bereits gegebene Beschreibung für die gesamtdeutsche Wiederentdeckung Ostdeutschlands? Kann es ausreichen, sich heute wieder der Fehler der Transformation, festgemacht an der Arbeit der Treuhandanstalt, zu erinnern? Ist das Rückbesinnen auf das Jahr 1989, die „friedliche Revolution“, ausreichend? Und was verstehen die einzelnen Akteure unter dieser „Revolution“, was halten sie für bewahrenswert oder bereits verwirklicht? Ist es nicht auffällig, dass in der ganzen aktuellen Diskussion die eigentlichen 40 Jahre DDR eine nur marginale Rolle spielen?

Wie sieht es mit den Interessen der Ostdeutschen aus, wer hat sie in den letzten drei Jahrzehnten vertreten und wer verraten? Die sächsische CDU hat die einfache totalitarismustheoretische Gleichsetzung von „nationalem“ und „real existierendem“ Sozialismus, von Nazistaat und DDR, plakatiert und hofft, gegen Linke wie AfD zu punkten. Andere sind heute differenzierter, aber die alten Feindbilder funktionieren immer noch, wenn auch nur im Ansatz „Verstaatlichungen“, „Mietendeckel“ oder andere staatliche Eingriffe diskutiert werden – DDR 2.0 als Schreckgespenst.

Eine unfreiwillige Wiederentdeckung

Dieses Jahr bringt überraschend die Wiederentdeckung des Ostens und der „Lebensleistung“ seiner Bewohner, die partielle Anerkennung ihrer Biografien wie der Alltagsgeschichte der DDR. Ausstellungen zum DDR-Design, zur Malerei oder zur Fotografie sind im Osten der Renner und im gesamtdeutschen Feuilleton wohlgelesen. Medien, die auf ein ostdeutsches Publikum zielen, wie MDR oder „Berliner Zeitung“, bringen Beiträge, die mit manchen Legenden über die marode DDR und die Erfolge der Treuhand kritisch ins Gericht gehen.

Formal ist 2019 der 30. Jahrestag des „Mauerfalls“ (der eine Maueröffnung war), der Anlass, sich des Ostens anzunehmen. Aber es geht um politische Hegemonie und Machtpositionen. Die etablierten Parteien fürchten fatale Wahlergebnisse und „Wutbürger“ Ost, wie aus den zitierten Papieren hervorgeht. Kaum eine Rolle spielt das Besinnen auf die Gründung der beiden deut-

³ CDU: Was Deutsche Einheit heute heißt: Einheit und Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Berlin, vom 28. Januar 2019 - https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/mauerfall30.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=17754 [23.02.2019 16:18].

schen Staaten 1949 und eine nur geringe das Bekenntnis zur „friedlichen Revolution“ – nicht für die Maueröffnung, sondern für eine reformierte DDR.

Die CDU, die lange im Osten mit absoluten Mehrheiten regierte und nun von der noch zwischen nationalkonservativ und völkisch-faschistoid changierenden AfD verdrängt wird, möchte nochmals auftrumpfen und den ostdeutschen Entwicklungsweg für sich vereinnahmen. Immerhin weiß sie jetzt auch um Probleme: „Die Bürger der neuen Länder sind weit überwiegend Gewinner der Deutschen Einheit. Hinter ihnen liegt ein schwieriger, oft mit persönlichen Opfern verbundener, aber vor allem bewundernswerter Veränderungs- und Aufbauprozess.“ Um sogleich eine Einsicht nachzuschieben, die 30 Jahre politischer Verantwortung ausblendet: „Ein unterstützender politischer Prozess zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wäre geeignet, dagegen eine motivationsfördernde Orientierung zu geben.“⁴ Es wird also Handlungsbedarf gesehen, in materieller Hinsicht, was insbesondere den ländlichen Raum betrifft und die Abgehängten insgesamt im Osten, aber auch, was die Bereitschaft des Zuhörens und zur Kenntnisnahme der Ostdeutschen mit ihren spezifischen Problemen betrifft.

Der Koalitionspartner SPD sieht dies ähnlich. Im April 2019 trafen sich Parteifunktionäre gar zu einem „Ostkonvent“ und forderten eine erneuerte Politik für den Osten. „Die Erinnerung an die friedliche Revolution und den Mauerfall vor 30 Jahren wollen wir mit einem erneuten Aufbruch für Ostdeutschland verbinden. Gemeinsam haben die Menschen im Herbst 1989 Grenzen eingerissen und demokratische Strukturen erkämpft. Die neue Freiheit führte aber auch zu Verunsicherungen, beruflichem oder gesellschaftlichem Statusverlust und einer gefühlten Bevormundung mit häufig harten beruflichen und familiären Verwerfungen. Doch zugleich war diese Zeit auch gekennzeichnet von dem Gefühl des Aufbruchs, von Stolz und dem Willen, unsere Gesellschaft besser zu machen.“ Aber heute „muss sich die SPD vielerorts neues Vertrauen erarbeiten. Das wollen wir tun, indem wir wirklichkeitstaugliche Lösungen anbieten.“⁵

Ein Reduzieren der DDR auf „Mauer“ und „Stasi“ genügt nicht mehr, um mit Geschichte und Gegenwart politisch ins Reine zu kommen. Ebenso reicht nicht der Hinweis auf die nachwendische Aufbauleistung der Ostdeutschen dank westdeutscher Transfers und „Aufbauhelfer“. Dieses Umdenken liegt nicht an neuen Erkenntnissen der Wissenschaft oder Einsichten der Politiker, auch nicht am Erfolg der (kaum vorhandenen) Geschichtspolitik der organisierten Linken. Es ist unmittelbare Reaktion auf das Erstarken der AfD.

Es ist unerfreulich: Da hat der Westen so viel Geld, oft zweitrangiges Führungspersonal und Überzeugungsarbeit in den Osten investiert und dessen Bürgerinnen und Bürger erweisen sich dennoch als unzufrieden. Sie lamentieren, dass sie im vereinten Deutschland Bürger „zweiter Klasse“ seien. Ihre Lebensgeschichte wer-

⁴ CDU: Was Deutsche Einheit heute heißt. A.a.O.

⁵ SPD: Zukunftsprogramm Ost „Jetzt ist unsere Zeit.“ Aufarbeitung, Anerkennung und Aufbruch. Ostkonvent, 6. April 2019, in Erfurt. 24 S. - https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Sonstiges/Zukunftsprogramm_Ost_LangBB.pdf [21.05.2019 13:05].

de nicht anerkannt, sie stellen fest, dass die wirtschaftlichen Fortschritte kaum ihnen zugesprochen werden. Trotz der unzweifelhaften Verbesserungen der Infrastruktur, der Sanierung in Städten und Dörfern, trotz heute deutlich reduzierter Arbeitslosigkeit bleibt ein Gefühl der Unzufriedenheit, zunehmend auch der Aggressivität gegen die bestehenden Verhältnisse, gegen „die da oben“.

In einem schnell zum Bestseller gewordenen Buch beschreibt Petra Köpping, immerhin sozialdemokratische Integrationsministerin in Sachsen, einem der erfolgreichsten ostdeutschen Bundesländer, ihre Erfahrung: „Es ging in fast allen Gesprächen um Lebensbrüche. Vor allem berufliche, aber auch private. An einem Tag raunte mir dann ein aufgebrachter Demonstrant zu: ‚Sie immer mit Ihren Flüchtlingen! Integriert doch erst mal uns!‘ Hier geht es anscheinend bei vielen gar nicht um das Thema Flüchtlinge. Diese waren nur Projektionsfläche für eine tiefer liegende Wut und Kritik. Damit will ich überhaupt nicht die vielen echten Rassisten entschuldigen oder relativieren ... Mir ist klar, wir haben ein dramatisches Rechtsextremismus-Problem bei uns.

Und dennoch sah ich bei vielen ‚besorgten Bürgern‘ eine andere Motivation: Denn bei diesen Menschen, die reden wollen, zeigt sich schnell, dass ihnen in der Vergangenheit nicht zugehört wurde. Niemand hat ihre konkreten Probleme wirklich ernst genommen. Niemand hat ihre Lebensgeschichten gewürdigt. Niemand ist auf sie eingegangen.“⁶

Wahlergebnisse, Unmut, rechtsextreme Übergriffe verweisen in der Tat darauf, dass die Integration der Ostdeutschen misslungen ist. Eine kritische Analyse müsste allerdings auch nach Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West suchen und würde sie in sozialen Verwerfungen, Existenzängsten, unklaren Lebensperspektiven finden, für die die Migrationsfrage nur ein, wenn auch spektakuläres und leicht nationalistisch und rassistisch aufladbares Moment ist. Diese Analyse würde feststellen, dass die AfD-Stimmen im Osten in Prozentzahlen ausgedrückt besorgniserregend sind und nicht nur CDU und SPD, sondern auch Die Linke meist überflügeln. Sie würde aber auch die absolute Stimmen-Zahl der im Westen berücksichtigen, die nicht geringer, wenn auch noch einflussärmer sind. Die Ursachen sind vergleichbar.

Es gibt eine doppelte Reaktion – zum einen werden die „diktaturerfahrenen“ und „demokratieabstinenten“ Ostdeutschen zu den Sündenböcken der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, während parallele Prozesse im Westen und in den anderen westeuropäischen Musterdemokratien ausgeblendet bleiben.

Zum andern erfolgt eine wenig glaubhafte Hinwendung zu den Ostdeutschen – ihre „Lebensleistung“, ihre spezifischen Biografien seien zu respektieren. Es wird ihnen zugestanden, dass sie im Osten etwas geleistet, nicht nur gelitten haben und gleichzeitig den Transformationsprozess mehr schlecht als recht überstanden haben. Und es wird anerkannt, und dass sie heute zumindest im ländlichen Raum abgehängt sind.

⁶ Petra Köpping: „Integriert doch erst mal uns!“ Eine Streitschrift für den Osten. Berlin 2018, S. 9/10.

Zu ihrem Verdruss stehen beide Regierungsparteien in Berlin vor dem Problem, dass jene Verwerfungen, die die Ostdeutschen grummeln lassen, Resultate ihrer Politik sind. Die Neugründung der Bundesrepublik – und streng genommen des gesamten einstigen Ostblocks - unter neoliberalen Vorzeichen mit ihren sozialen, wirtschaftlichen und letztlich auch politischen Folgen wird nicht thematisiert. Denn dann müsste das ganze Einheitsgedöns sich auflösen in die Erkenntnis, dass Deutschland zwar mittlerweile wieder ein Staat geworden ist, aber einer mit zumindest *zwei Gesellschaften*.

Schon vor einem Jahrzehnt hat der Soziologe Wolfgang Heitmeyer die immer noch brennend aktuelle Diagnose gestellt, dass soziale Ungleichheit und Benachteiligung zu Lasten der Fremden gehen, egal, ob sie da sind oder auch nur vermutet werden. Im Kern der damalige Befund: „Die objektive soziale Spaltung (gemessen an der Entwicklung des Nettogeldvermögens) nimmt 20 Jahre nach der Vereinigung in Deutschland insgesamt, aber auch im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland dramatisch zu.“⁷ Der westdeutsche Soziologe bestätigt – allerdings bloß bezogen auf tatsächliche oder vermeintliche Fremdenfeindlichkeit der Ostdeutschen – Erkenntnisse, die DDR-sozialisierte Soziologen seit den „Wende“-Zeiten in Längsschnittstudien immer wieder herausgefunden haben.⁸

Die materiellen Grundlagen dieser Diskrepanzen sind offenkundig. Der „Datenreport 2018“ dazu: „Die Einkommen in Ostdeutschland lagen ... bei allen Einkommensniveaus unter den vergleichbaren Schwellen in Westdeutschland ... Die unteren Einkommensgruppen ... schlossen unmittelbar nach der deutschen Vereinigung zunächst sehr schnell zu den höheren Westschwellen auf. Im Zuge der wirtschaftlichen Rezessionsphasen nach der Jahrtausendwende haben sich die Ost-West-Abstände hier aber bis 2005 zwischenzeitlich wieder vergrößert und 2015/2016 lagen die Ost-West-Relationen wiederum bei etwa 87%. Die mittleren und höheren Einkommen ... haben sich langsamer an die höheren Westeinkommen angenähert. Im Jahr 2016 erzielten Ostdeutsche dieser Einkommensschwelle 87% beziehungsweise 84% der jeweiligen Westein-

⁷ Siehe schon Wilhelm Heitmeyer: Ein Land, zwei Gesellschaften. Fast zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer bleibt Deutschland sozial gespalten - mit fatalen Folgen für Minderheiten. In: Die Zeit. H. 50/2008, S. 13; ders. (Hrsg.): Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall. Bonn 2009.

⁸ Herausragend: Gunnar Winkler: Friedliche Revolution und deutsche Vereinigung 1989 bis 2016. Noch immer gespalten - ökonomisch - sozial - politisch?! Bernau 2017, 6. erw. u. akt. A. - http://www.sfz-ev.de/index_htm_files/Buch_GW_2017.pdf [23.06.2019 21:44]. Zum Schwerpunkt Jugend siehe: Peter Förster/Yves Stöbel-Richter/Hendrik Berth/Elmar Brähler: Die deutsche Einheit zwischen Lust und Frust. Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“. Zusammenfassung für die Otto Brenner Stiftung (OBS). Frankfurt/M. 2009 - https://www.otto-brennerstiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH60_deutscheEinheit_Foerster_2009_07_23.pdf [23.06.2019 20:36]; Rainer Faus/Simon Storks: Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. Frankfurt/M. 2019 - https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH96_Nachwendegeneration.pdf [23.06.2019 20:44].

kommen. Bei den Topeinkommen ... lag die Einkommensrelation 2015/2016 bei 80%.⁹ Das dürfte entscheidend damit zu tun haben, wie die DDR-Volkswirtschaft privatisiert, genauer: zerschlagen wurde. Ein Fernsehbericht fasst treffend zusammen: „Das einstige Volkseigentum ist zu 85 Prozent an Westdeutsche, zu 10 Prozent an internationale Investoren und nur zu knapp 5 Prozent an Ostdeutsche übertragen worden. Eine Umverteilung, wie man sie noch kaum jemals in der Weltgeschichte gesehen hat. Ein Witz im Osten ging damals so: ‚Die Ereignisse von 1989 sind tatsächlich eine Revolution gewesen! – Warum? – Na ja, Karl Marx hat doch geschrieben, dass eine Revolution zur völligen Umwälzung der Besitzverhältnisse führt.‘“¹⁰

Zugespißt formuliert: Das ostdeutsche Fußvolk wird von Westdeutschen geführt. Das hat Folgen für die Demokratie und wird von nicht wenigen als Kolonialisierung begriffen.¹¹ In den 100 größten ostdeutschen Unternehmen sind Ostdeutsche bei sinkender Tendenz mit 33,5 Prozent vertreten, es ist so, dass „auf einen ostdeutschen Manager ... etwa zwei westdeutsche“ kommen. Das Problem gibt es auch in ostdeutschen Landesregierungen, wenn auch abgeschwächt. 70 Prozent ostdeutschen Regierungsmitgliedern stehen 30 Prozent westdeutsche gegenüber. 2015 konstatierte eine Studie: „Ein Nachrücken Ostdeutscher in Führungspositionen in Ostdeutschland entsprechend der Bevölkerungsverteilung ist kaum feststellbar. Nur 23 Prozent beträgt der Anteil Ostdeutscher innerhalb der Führungskräfte in den neuen Bundesländern – bei 87 Prozent Bevölkerungsanteil. Lediglich in der Justiz, in Teilen der Wirtschaft, in der Bundeswehr und in einigen Medien ist ein, allerdings sehr langsames, Nachrücken festzustellen.“¹² Eine Bundeskanzlerin oder ein gewesener Bundespräsident gleichen das alleine nicht aus.

Historische Erfahrungen, massenpsychologische Befindlichkeiten und die letztlich immer noch fehlende Angleichung der Lebensverhältnisse führen dazu, dass sich im Land weiterhin zwei parallele Gesellschaften entwickeln. Das ist übrigens keine deutsche Besonderheit. Auch andere Staaten, die vor hundert

⁹ Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2018, S. 245.

¹⁰ mdr: Wie die Treuhand den Osten verkaufte. mdr. Leipzig. 03. Juli 2018, 15:47 Uhr - <https://www.mdr.de/zeitreise/treuhand110.html> [02.07.2019 19:58].

¹¹ Das Erschreckende: In den letzten Jahrzehnten hat sich daran wenig geändert, nur das Erheben der Daten wird komplizierter, weil Unternehmen und staatliche Institution keinen Wert darauf legen, die regionale Herkunft ihrer Führungskräfte offenzulegen. 30 Jahre nach dem Ende der DDR, nach erheblichen Wanderungsbewegungen und dem Eintreten einer neuen Generation in das Berufsleben ist die Verdunkelung weiter gewachsen. Meine Untersuchungen aus dem Jahr 2002, also knapp zur Halbzeit der heutigen Lage, sind immer noch aktuell: Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden (Hrsg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland. Berlin 2002.

¹² Alle Angaben und Zitate in diesem Absatz aus: Michael Bluhm/Olaf Jacobs: Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung. Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Mitteldeutschen Rundfunk. Leipzig o.J. (2016) - <https://www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100-downloadFile.pdf> [14.06.2019 19:31].

von Jahren Anschlüsse, also ungleich betriebene Vereinigungen durch Annexion und Überwältigung erlitten haben, knabbern bis heute an dieser tief verwurzelten Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Konkurrenz – ob wir nun nach Katalonien, nach Quebec oder in das spanisch oder französisch dominierte Baskenland schauen.¹³

Ostdeutschland mit seiner klaren regionalen Eingrenzung ist ein besonders klarer Fall der neoliberalen Übernahme des gesamten „Ostblocks“ durch den Kapitalismus des Westens.¹⁴ Der Neoliberalismus setzt auf individuelle Freiheiten, Egoismus und soziale Entfesselung der Gesellschaft, vor allem auf die von sozialen Regulierungen möglichst wenig eingeschränkte Freiheit des Unternehmertums und seines Strebens nach schneller Profitmaximierung. Es kommt eine Besonderheit von vier Jahrzehnten Realsozialismus dazu: Die Ostdeutschen haben vielfach ein sehr geerdetes Verhältnis zur Demokratie: Sie erwarten, dass ihre Stimme Gehör findet und sich in einer Verbesserung ihrer Lebenslage niederschlägt, nicht in sozialer Unsicherheit und Abstiegsängsten. Sie haben aber lernen müssen, dass Wahlversprechen der etablierten Parteien eher Versprecher als reale Politik sind. Und sie haben vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten ebenfalls gelernt, dass mittlerweile auch die lange (trotz der auch negativen Erfahrungen mit der DDR und der SED) anerkannte Kümmerer-Partei, die sich jetzt Die Linke nennt, im bundesdeutschen Establishment angekommen ist.

Treuhandkritik als Ablenkungsmanöver

Inzwischen hat sich bei den Regierungsparteien und in manchen Medien herumgesprochen, dass der konkrete Verlauf der Transformation der DDR von einer sozialistischen Planwirtschaft zum Kapitalismus neoliberaler Prägung - gelinde gesagt - problematisch war. Aktuell haben sich verschiedene politische Kräfte, nicht mehr nur die Partei Die Linke, auf die *Treuhandanstalt* eingeschossen - als vermeintlichen Kern allen Übels.¹⁵ Im Antrag dieser Partei zur Einrichtung eines Bundestagsuntersuchungsausschusses wird hervorgehoben: „Als eine Ursache für (den) immer noch bestehenden Ost-West-Unterschied wird das gesellschaftliche Wirken der Treuhandanstalt, ihrer Nachfolgeorganisationen und Tochtergesellschaften verantwortlich gemacht. Als wichtigstes Instrument zur gesellschaftlichen Umgestaltung von der sozialistischen Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft nach westdeutschem Vorbild hat die Treu-

¹³ Immer noch aktuell: Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass. Frankfurt/M. 1999.

¹⁴ Einen aktuellen liberalen Hilferuf sendet ein polnischer Politikwissenschaftler aus: Jan Zielonka: Konterrevolution. Der Rückzug des liberalen Europa. Frankfurt/M. 2019.

¹⁵ Die PDS/Linke Liste bzw. PDS war in den Untersuchungsausschüssen des 12. und 13. Bundestags schon damals ein scharfer Kritiker, teilweise parallel zu den Kritiken der damaligen Oppositionspartei SPD und Bündnis 90/Grüne. Allerdings war die SPD damals auch meist Regierungspartei in allen ostdeutschen Bundesländern.

handanstalt ... das volkseigene Vermögen der DDR in einem historisch einmaligen Umfang privatisiert oder liquidiert ... Die extremen Umbrüche im Prozess der Wiedervereinigung reichen von hoher, flächendeckender Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung über die weitgehende Zerstörung von Industrie und Wirtschaft in Ostdeutschland bis hin zu einem gesellschaftlichen Werteverlust und völliger Desillusionierung, etwa aufgrund des wirkungslosen Protests Betroffener gegen Unternehmensstillegungen. Dies verhindert bis heute eine wirkliche soziale und ökonomische Einheit.¹⁶

Das ist zweifellos richtig. Reicht das aber? Viele Fragen bleiben offen. Die Decke der wissenschaftlichen Aufarbeitung ist jenseits einer aktuellen umfangreichen Studie von Marcus Böick¹⁷ trotz zahlreicher Einzeltitel aus den 1990er und 2000er Jahren dünn. Was unzufriedene Ostdeutsche als Zerstörung einer Volkswirtschaft wütend macht, ist für viele Westdeutsche und den Mainstream eine Erfolgsgeschichte mit wenigen bedauerlichen dunklen Punkten. Böick stößt mit seiner Studie in die aktuelle Debatte zur Treuhand hinein, bietet detailverliebt Einblicke in Organisation, Struktur, Abläufe und Einzelprozesse. Er wird auch in der Partei Die Linke und vor allem in der Rosa Luxemburg-Stiftung als der wesentliche Zugang zum Problem diskutiert und hofiert. Seine Einsichten bleiben aber doch konventionell. Sein Schlusssatz entwertet letztlich viele Einzelerkenntnisse, die Grund für kritische Nachfrage sein müssten: „Die Treuhandanstalt war in diesem Szenario eine sich selbst radikalisierte Agentin und hochumstrittene Referenz dieses tatsächlich revolutionären Umbruchgeschehens; die in ihren Reihen tätigen Manager, Beamten und Kader als konkrete Praktiker waren damit zugleich Treibende und Getriebene dieser massiven soziostrukturellen wie soziokulturellen Umwälzungen und Umbrüche im Alltag der Wirtschaft und Übergangsgesellschaft Ostdeutschlands auf dem Weg vom Plan zum Markt.“¹⁸ Das entspricht auch aktuellen Rechtfertigungen der einstigen Präsidentin der Anstalt, Birgit Breuel.¹⁹

Ein Untersuchungsausschuss könnte hier sicherlich zu tiefer gehenden Erkenntnissen kommen. Es muss allerdings mit Blick auf die früheren Ausschüsse zu diesem Thema im 12. und 13. Bundestag gewarnt werden.²⁰ Sie arbeiteten sich zwar gründlich ein in Probleme der Wendezeit, des Verschwindens von SED-Millionen und fragwürdiger Transaktionen der damaligen PDS, ließen aber jenseits einiger spektakulärer Versagens- und Bereicherungsfälle das Thema Treu-

¹⁶ Antrag der Abgeordneten Jan Korte ... und der Fraktion DIE LINKE: Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Treuhandanstalt. Drucksache 19/9793 vom 30.04.2019, S. 1/2.

¹⁷ Siehe Marcus Böick: Die Treuhand. Idee - Praxis - Erfahrung 1990-1994. Göttingen 2018.

¹⁸ Ebd., S. 734.

¹⁹ Siehe Birgit Breuel: "Westdeutsche hätten das nicht durchgehalten" [Interview: Inge Kloepfer]. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21. Juli, S. 20/21.

²⁰ Siehe Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Drucksache 12/8404 vom 31.08.94; Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes. Drucksache 13/10900 vom 28.05.98.

hand am Ende doch unbeackert zurück. Die geringe Aufmerksamkeit für die Treuhand seitdem ist Beleg genug dafür, und wer schert sich um ostdeutsche Befindlichkeiten? Gregor Gysi schrieb damals (1994) in sein Minderheitenvotum: „Bei Wertung aller materiellen und finanziellen Ergebnisse der Arbeit der Bundesregierung und der Treuhandanstalt ist wohl das negativste Resultat, dass ein Riesenpotential an kreativen Fähigkeiten von Menschen ungenutzt blieb und bleibt. Die den meisten Menschen vorenthaltene Chance, sich durch Erwerbsarbeit selbst zu verwirklichen und sich ihre materielle Lebensgrundlage zu schaffen, stellt aus unserer Sicht das größte politische Versagen der Regierung Kohl dar.“²¹

Bei den heutigen Mehrheiten im Bundestag, auch nach einer etwaigen Neuwahl, dürfte sich das diesbezügliche Erkenntnisinteresse der Parteien jenseits der Linken in Grenzen halten. Die derzeitige Begeisterung der AfD für eine solche Untersuchung muss zusätzlich misstrauisch machen. Sie will das Versagen der Altparteien herausstellen, hat selbstredend für die DDR als gesellschaftliches System wenig übrig. Letztlich sieht auch sie keine Alternative zum bestehenden kapitalistischen System, sondern will sich das Wohlwollen der Ostdeutschen erschleichen.

Bei der Behandlung des Antrages auf die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses hat der CDU-Sprecher, Eckhardt Rehberg, die gewünschte Stoßrichtung verdeutlicht: „Das war ein Systemversagen und nichts anderes.“²² Das entspricht der gängigen Erzählung von der maroden und nicht rettbarer DDR- bzw. ostdeutschen Wirtschaft, die allein an ihren Systemmängeln eingegangen sei. So gesehen handelten deren westdeutsche Nachlassverwalter natürlich – außer den wenigen schwarzen Schafen – völlig selbstlos.

Auf jeden Fall stünde der Partei Die Linke als Nachfolgepartei der SED keinerlei Widerspruchsrecht zu. Die SPD-Vertreterin Sonja Amalie Steffen anerkennt gute wie fatale Resultate der Treuhand, will aber den Bundestag nicht in der Rolle einer „historischen Kommission“ sehen. Die Linke wolle „beispielsweise Menschen wie Sarrazin, Horst Köhler oder Theo Waigel als Zeugen in den Zeugenstand berufen. Aber wie soll man die dann denn noch zur Verantwortung ziehen, wenn sie dazu bereit wären? Denn von ihrem Amt zurücktreten können sie nicht mehr.“²³

Ein solcher Ausschuss, so er käme, brächte für die politische Auseinandersetzung wenig. Die Entscheidungen sind irreparabel. Der Streit würde um die Zuweisung von Verantwortung an die Treuhänder oder – wie gezeigt – die alte DDR gehen. Für die Ostdeutschen würde ein solcher Ausschuss kaum mobilisierend wirken. Hauptproblem bleibt – und hier wäre linke Kärnerarbeit angesagt –, diese Transformation als Teil der neoliberalen Gegenoffensive seit den 1970er Jahren darzustellen. Im konkreten Fall der Ex-DDR war sie Test-

²¹ Drucksache 12/8404. A.a.O., S. 524.

²² Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 19. Wahlperiode – 107. Sitzung, 27. Juni 2019, Plenarprotokoll 19/107, S. 13144.

²³ Ebd., S. 13147.

fall für die neoliberale Neugründung der BRD und die Ausweitung des kapitalistischen Systems in seiner wirtschaftlich radikalsten Form. Da werden das Aktenstudium und der Zeithorizont einer Legislatur wenig helfen. Das ist Anspruch an kritische Geschichtsschreibung, politische Bildungsarbeit und Publizistik, an das ständige kritische Agieren linker PolitikerInnen.

Ostdeutsche Eliten ausgegrenzt

Ein anderes aktuelles Streit-Feld ist der Platz der *ostdeutschen Eliten* in der gesamtdeutschen Wirklichkeit. Auch das ist ein altes – und von der herrschenden Politik gern verdrängtes - Problem. „Ossis“ als Bundeskanzlerin, Bundespräsident oder Chefs der Stasi-Unterlagenbehörde – das scheint dem Mainstream auszureichen. Tatsächlich ist die Ausgrenzung der ostdeutschen Eliten, auch der Wissenschaftselite, zum Dauerzustand geworden.²⁴

Es gehört jedoch zu den Schwachpunkten linker Politik, genau diese Zurücksetzung zwar frühzeitig angeprangert zu haben - aber dort, wo die PDS bzw. Die Linke an Landesregierungen beteiligt war, hat sie kaum erkennbare Anstrengungen unternommen, dies zu überwinden. Sie war in ihrer eigenen Regierungspraxis zu furchtsam, jenseits der Spitzenpositionen der von ihr verantworteten Regierungen etwas Signifikantes zu ändern und gar eine Ostquote einzufordern. Einer der gründlichsten Kenner der Materie, der Hochschulforscher und zeitweilige Berliner Wissenschaftsstaatssekretär Peer Pasternack hat nach seinem Ausscheiden aus dem Berliner „rot-roten“-Senat eingestehen müssen: „Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die PDS in dem rot-roten Regierungsprojekt ausweislich verbaler Bekundungen wie ihres politischen Handelns ein Projekt sieht, das ‚einen Wert an sich‘ habe (Gysi), nämlich den des primären Nachweises von Regierungsfähigkeit. Im Verhältnis zu diesem prioritären Ziel scheint die Durchsetzung originär inhaltlicher politischer Anliegen sekundär zu sein. In Folge dessen konzentriert sich das politische Handeln der PDS offenkundig zu wesentlichen Teilen darauf, Klientelgruppen nicht zu enttäuschen, welche die Partei zwar nie wählen werden, denen aber meinungsbildender Einfluss zugeschrieben wird – während eigene Klientelgruppen mit ihren Anliegen ggf. zurückstehen müssen ... aus dieser Konstellation (resultiert) ein gebremstes Interesse der PDS ..., sich allzu kämpferisch und konfliktorisch für Anliegen von – zum Beispiel – marginalisierten Ostberliner WissenschaftlerInnen zu verwenden.“²⁵ Diese Zeilen aus dem Jahre 2003 haben ihre Gültigkeit nicht verloren.

²⁴ Hier sei auf eigene Publikationen verwiesen, die eine Bestandsaufnahme vornahmen und Integrationsmöglichkeiten für DDR-sozialisierte Gesellschaftswissenschaftler aufzeigten: Stefan Bollinger/Ulrich van der Heyden/Mario Keßler (Hrsg.): *Ausgrenzung oder Integration? Ostdeutsche Sozialwissenschaftler zwischen Isolierung und Selbstbehauptung*. Berlin 2004. Exemplarisch sind auch zu nennen: Arno Hecht: *Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration?* Leipzig 2002; Roland Bloch/Peer Pasternack: *Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse*. Wittenberg - Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg e.V. Arbeitsberichte H. 2/04.

²⁵ Peer Pasternack: *Desintegration und Integration. Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin*. In: Stefan Bollinger u.a.: *Ausgrenzung oder Integration?* A.a.O., S. 107.

Ostdeutsche Probleme zu wenig im Fokus

Mit der Herausbildung einer linken Partei aus PDS und WASG schwand in der neuen Partei, ihrem Umfeld, wie z.B. auch der Rosa Luxemburg-Stiftung, die Aufmerksamkeit für die ostdeutschen Probleme. Eine neue Generation von Politikern wächst heran, als Linke oftmals im Westen sozialisiert, oft auch ohne engeren Bezug zu den Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Sie setzt andere Schwerpunkte, wirkt in eigenen Milieus und hat häufig die Verbindung zu den „normalen“ Arbeitenden eingebüßt. Dass die Linke im Osten schwächelt und immer weniger als Kümmerer angesehen wird, hängt auch mit diesem demografischen Wandel in der Partei zusammen. Trotz aller aktuellen Anläufe, sich wieder als Stimme des Ostens²⁶ gegen die Krakeeler der AfD zu profilieren, sind andere Positionen stärker geworden.

Selbst in der eigenständigen Leibniz-Sozietät als Nachfolgerin der Akademie der Wissenschaft der DDR dominieren heute westdeutsche Wissenschaftler und machen diesen Wandel offensichtlich. Wenn dann ein neuer (westdeutscher) Präsident dieser alt-ehrwürdigen Akademie konstatiert, „dass bald 30 Jahre nach der Vereinigung die Teilung in Ost- und Westdeutsche nicht mehr Thema sein kann“, bleibt offen, ob die Ostdeutschen wirklich im vereinigten Deutschland „angekommen“ sind. Da hilft auch wenig, wenn er nachschiebt: „Natürlich schwingt immer noch unverarbeitete Geschichte mit. Die Verfahrensweise bei der Abwicklung der Wissenschaftsakademie der DDR und der Gründung der Berlin-Brandenburgischen Akademie war – euphemistisch gesagt – doch sehr ungeschickt. Das hing auch mit der relativ überstürzten staatlichen Vereinigung zusammen. Dass dabei nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist, dürfte offensichtlich sein.“²⁷

Vieles, was heute in den aktuellen Kontroversen benannt wird – egal, ob Treuhänder oder Ostquote – ist schon Geschichte. Es ist fraglich, ob es im Osten noch jemanden hinter dem Ofen hervorlockt. Hier zählen erlebte soziale Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum, medizinische Versorgung, nutzbarer öffentlicher Personenverkehr, Versorgung im ländlichen Raum, Perspektiven für Kinder und Enkel deutlich mehr. Soziale Sicherheit und eine andere Demokratie, in der sie gehört werden und – was vielen deutlich schwerer fällt als zu meckern – auch mitgestalten können – das ist wichtig für die Menschen. Dies aufzunehmen wäre auch ein Stück Renaissance linker Politik. Viele dieser Unzufriedenen sind derzeit an die Rechten verloren. Das muss aber nicht so bleiben.

Eine neue „Generation 3.0“ stellt Forderungen auf, sie will mehr als nur die mediale Akzeptanz ihrer Biografien, sondern sie erwartet „nach 30 Jahren Mauerfall nun in einer neuen Qualität“ einen Fortschritt, nämlich „von der Stimme

²⁶ Siehe Die Linke: Der LINKE Plan für eine lebenswerte Zukunft in Ostdeutschland (Langfassung). Berlin. 20.05.2019 - https://www.die-linke.de/fileadmin/download/themen/ostdeutschland/2019-05-20_zukunft_ostdeutschland_lang.pdf [22.05.2019 21:34].

²⁷ Rainer E. Zimmermann: Von der Lust aufs gemeine Beste [Interview: Karlen Vesper] In: Neues Deutschland, Berlin, vom 10. Juli 2019, S. 7.

zum Einfluss. Machtansprüche zu formulieren, um Verantwortung in Führungspositionen zu übernehmen und mit den wertvollen Erfahrungen einer doppelten Sozialisation aufzufüllen, ist das Gebot der zweiten Lebenshälfte der heute 40-Jährigen.²⁸ Ob dies mehr ist als ein geschickter Weg in die Chefetagen, nun geprägt durch eine erfolgreiche „marktwirtschaftlich“ verwendbare Sozialisation, sei dahingestellt. Es verweist aber auf einen Wandel. Und es ist eine zusätzliche Warnmarke: Denn die AfD erhebt den Anspruch, die Vertretungsmacht auch dieser Generation zu sein, sie gibt vor, Missstände zu thematisieren und zu skandalisieren und kann noch behaupten, nicht etabliert zu sein.

Verkürzte Erinnerung an die DDR

Zumindest im linken und linksliberalen Spektrum gibt es eine Anerkennung der Revolutionsleistung der DDR-Bürger, die 1989 ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen suchten, die nicht einfach nur für Mauerfall und deutsche Einheit auf die Straße gingen, sondern eine erneuerte DDR

Dabei wird allerdings ein Bild dieser „friedlichen Revolution“, der Bürgerbewegungen gezeichnet, das Lücken aufweist. So bleiben die SED-Reformer weitgehend außen vor. Die Bürgerbewegungen werden dagegen geradezu verklärt, ohne dass ihre lückenhaften Zielsetzungen, ihre Selbstgerechtigkeit und ihr rasch schwindender Masseneinfluss im Herbst 1989 beachtet wird. Als Zauberlehrlinge haben sie zunächst mehrheitlich einen demokratischen Sozialismus alternativ zum Kapitalismus der Bundesrepublik gewünscht, aber machtpolitisch waren sie nicht in der Lage, ihre Ziele auch durchzusetzen. Stattdessen riefen sie wie die Massen auf der Straße die Geister von Reisefreiheit und Konsum herbei und wurden sie nicht mehr los.

Um die nach 1989 politisch gewollten, mit der Transformation zu einem neoliberalen Kapitalismus verbundenen Verheerungen und Verwerfungen auf „Fehler“ von „Einzelnen“ zu reduzieren, bietet es sich zudem an, die DDR mit „Stasi“ und Misswirtschaft gleichzusetzen, die also ihren Untergang redlich verdient habe.

Daran ändern auch differenzierte Betrachtungen wie der Gundermann-Film oder DDR-Museen in Berlin und in manch anderen Orten wenig. Selbst in der Aktenüberlieferung wird massiv versucht, die DDR als Einheit von Stasi und Staatsapparat zu behandeln. So sollen die derzeit im Bundesarchiv in Berlin befindlichen Aktenkonvolute mit den Beständen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit an deren Standort vereint werden. Dadurch würde die Stasi-Aufarbeitungs-Industrie gestärkt und alle Akten würden letztlich kontaminiert werden, egal, ob Nach-

²⁸ Adriana Lettrari: Von Stimme zum Einfluss: Wendekinder in ihrer Lebensmitte übernehmen Führung. Adriana Lettrari ist Gründerin des Netzwerkes „3te Generation Ost“. MDR Thüringen, vom 17. Juni 2019 - <https://www.mdr.de/thueringen/wendekinder-in-fuehrungspositionen-adriana-lettrari-gastkommentar-100.html> [10.07.2019 18:19].

lässe von Widerstandskämpfern und DDR-Funktionären, Fachabteilungen des ZK der SED – „alles Stasi“.²⁹

Ernüchternder Ausblick

Auch ein Blick auf die linke Reflektion der skizzierten Trends tröstet wenig. Die Partei Die Linke möchte in ihrem Funktionärskörper mit dieser Geschichte offenbar wenig zu tun haben. Jede Regierungsbeteiligung der PDS bzw. der Partei Die Linke brachte einen Kotau vor dem Mainstream mit sich: Schuldeingeständnisse für die „Zwangvereinigung“ 1946, Bedauern für den Mauerbau, in Thüringen die Akzeptanz für die Formel vom „Unrechtsstaat DDR“.

Wohlgemerkt, das Problem ist nicht, dass Linke über Fehler, Irrwege und Verbrechen in der DDR sprechen und diese selbstkritisch reflektieren. Das Problem beginnt dort, wo die Verantwortung der anderen Seite des Klassen- und Systemkampfes im Interesse eines freundlicheren Mitregierens ausgeblendet wird. Die DDR ist ohne die BRD nicht erklärbar. Das entschuldigt eigenes Versagen nicht, aber garantierte einen dialektischen Umgang mit Geschichte und letztlich auch Gegenwart. Das gilt, wie gezeigt, auch für den Umgang mit dem 30. Jahrestag des Endes der DDR.

Wenn dieses Jahr Veranstaltungen linker Provenienz stattfinden, dann konzentrieren sie sich oftmals auf das Ende der DDR und die damaligen vermeintlich großen Chancen einer alternativen Entwicklung. Das ist aber eher ein Pippi-Langstrumpf-Sozialismus als eine kritische Sicht auf die damaligen Wünsche der Bürgerbewegungen, SED-Reformer, eines Teils der Menschen auf der Straße, auf ihre Realisierbarkeit und das Schicksal vieler guter Ideen, die keinen Bestand in der bundesdeutschen Wirklichkeit und in dem unbändigen Anpassungsdruck haben durften. Selbst der Widerstand in den DDR-Betrieben gegen die Transformation bleibt heute eher ein Nischenprodukt von Überresten der nonkonformistischen Linken der Wende-Zeit. Die mühselige und umfangreiche Aufarbeitungsarbeit der Landesstiftungen der Rosa Luxemburg-Stiftung und ihrer Bundesstiftung selbst sind in Vergessenheit geraten, wenn man deren aktuelle Aktivitäten zu diesem Thema betrachtet.

Heute werden Historiker, die sich als Linke erklären, nicht müde, die Kritik der DDR radikaler vorzutragen als der Mainstream und letzte Inseln linker Selbstvergewisserung zu schleifen. Kernproblem ist das Entwickeln von Maßstäben zur DDR-Bewertung. Waren bundesdeutsche DDR-Logen einst stolz, systemimmanent zu kritisieren, so wird nun das Prinzip so umgedreht, dass von heutigen vermeintlich linken Positionen diese DDR einer radikalen Kritik unterzogen wird: Frauen, Bildung, Ausländer, Friedenspolitik, Sozialpolitik werden so ihres emanzipatorischen Gehalts entkleidet und zu Schreckgespen-

²⁹ Siehe Günter Benser: Droht eine zweite Enteignung? Warum der Historiker Günter Benser ein „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ für ein unakzeptables Konstrukt hält [Interview: Karlen Vesper]. In: Neues Deutschland vom 03. Juni 2019, S. 13.

tern aufgebaut, weil sie natürlich nicht perfekt waren und modernen Wünschen und Möglichkeiten entsprachen.

Linke Geschichtspolitik muss den gescheiterten Sozialismusversuch auf deutschem Boden und in der Welt in seinen historischen Kontext stellen. Sie muss fragen, was und warum der Kapitalismus radikal bekämpft wurde, was für die Menschen bewegt werden konnte. Sie muss die äußeren Einwirkungen benennen und gleichzeitig die Unreife der Entwicklungsbedingungen für eine solche radikale Alternative sehen. Sie wird nach historischen Leistungen fragen müssen, aber auch, warum Linke an der Macht versagen konnten: Ihre Selbstüberhebung, ihre Kritikunfähigkeit, ihr Verzicht auf einen ständigen Reformprozess. Das sind aber nicht nur historische Themen, sondern permanente Herausforderung an jene, die den Kapitalismus überwinden wollen – mit den „einfachen“ Menschen, mit kritischen Intellektuellen, mit den Anfechtungen des Klassenkampfes.

Der Mainstream ist angesichts der politischen Umbrüche und dem Erstarren der Rechten irritiert. Die etablierten Parteien, Medien und Historiker sind zwar bereit, auch problematische Seiten an der Transformation zuzugeben. Aber Sozialismus nicht nur als abstrakte Idee, sondern als praktischen Versuch werden sie weiter verdammten. In dem Moment, da Kräfte wie die AfD linke, soziale Themen demagogisch aufnehmen, laufen auch Linke Gefahr, selbst nun in eine rechte Ecke gestellt zu werden. Gerade darum ist das Bekenntnis auch zum Realsozialismus, zu seiner schwierigen, gescheiterten Geschichte, ist Trotz, vor allem aber Überzeugungsarbeit unverzichtbar. Sozialismus war nicht nur eine schöne Idee, sondern praktische Kritik am Kapitalismus, die ist bis heute nicht eingelöst. Der Osten kann in der Tat nicht ignoriert werden, aber eben auch nicht der reale Kapitalismus.